

Ist ehrlich gleich dumm?

RUDOLF RECHSTEINER*

SVP-Präsident Toni Brunner verlangt, das Schengen-Abkommen zu kündigen. Er beklagt kriminelle «Raubzüge von Banden» aus dem grenznahen Ausland. Kein Wort verliert seine Partei zum grassierenden Problem der Schwarzarbeit. In Baugewerbe, Tourismus und Landwirtschaft werden zuhauf Wanderarbeiter aus Ost- und Südeuropa beschäftigt, die für 90 Tage pro Jahr in die Schweiz kommen dürfen und für Hungerlöhne von sechs bis sieben Euro die Stunde arbeiten. Der gesetzliche Mindestlohn betrüge zwischen 22 und 30 Franken. AHV-Prämien zahlen sie keine, Steuern auch nicht. Kriminaltourismus gab es schon immer. Er lässt sich mit der Wiedereinführung von Grenzposten nicht beseitigen. Die Missstände mit Schwarzarbeit und Scheinselbstständigen sind das echte Problem, das einer Lösung hart.

Erfolgreich operierten letzte Woche Sozialpartner aus FDP und SP im Baselbiet. Gemeinsam haben sie vor Bundesgericht den Streit um die Kautionspflicht gewonnen.

MINDESTLÖHNE. Will man wirksam gegen Schlepper und dubiose Vermittler von Schwarzarbeit vorgehen, helfen nur wirksame Kontrollen und echte Strafen, notfalls sieht das Entsendegesetz die Kautionspflicht vor. Denn viele Arbeitskontrolleure kämpfen bisher «mit stumpfen Waffen», wie die «Neue Zürcher Zeitung» titelte. Die «Handelszeitung» – auch kein sozialistisches Kampfblatt – spricht von «Milliardengeschäft». Das Seco habe «grandios versagt». Und sie nennt Namen: UBS, Credit Suisse, Ikea. Der Name Marazzi «taucht regelmässig auf». Um die gesetzlichen Mindestlöhne durchzusetzen,

wären weitere Schritte nötig: eine Ausweisungspflicht zum Beispiel. Heute dürfen die Arbeitskontrolleure die Identität von Verdächtigen nicht selber feststellen.

Ein akutes Problem sind die Scheinselbstständigen. Zum Beispiel die Baustruppe an den Swiss Indoors: «Rund 50 Selbstständige» aus Ungarn und der Ex-DDR, angeheuert von einem Sub-Sub-Sub-Unternehmer der UBS, besorgten die Installationen. Fast alle arbeiteten schwarz. «Wir brauchen

Sicherheit entsteht durch Partnerschaft und Zusammenarbeit, nicht durch Isolation.

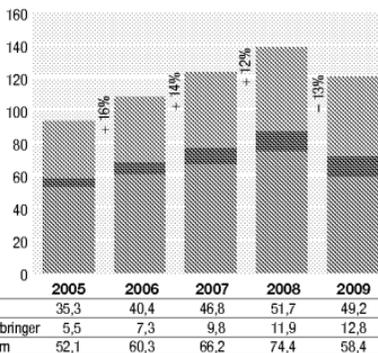
dringend strengere Regeln. Thomas Daum vom Arbeitgeber-Verband sollte nicht länger die Augen verschliessen», sagt ein Gewervertreter, der seinen Namen nur ungern in der Zeitung sieht. «Nützlich wäre in den kritischen Branchen eine Mehrwertsteuernummern-Pflicht und eine AHV-Anmeldung vor Beginn der Arbeit», präzisiert Daniel Münger, Präsident des Baseltbieter Gewerkschaftsbundes. Der Staat sollte die korrekten Arbeitgeber besser schützen. Dagegen wehrt sich der Schweizerische Gewerbeverband – und leistet seinen Mitgliedern einen Bärendienst. Wer ehrlich Steuern und AHV-Beiträge zahlt, sollte von den schwarzen Konkurrenten nicht ausgebootet werden.

Nach den SVP-Abstimmungserfolgen bei der Minarett- und der Ausschaf-

fungsinitiative ist ein Frontalangriff gegen die Personenfreizügigkeit nicht auszuschliessen. Ein solcher würde die Bilateralen als Ganzes gefährden.

SCHLANGE STEHEN. Die realen Vorteile einer offenen Schweiz müssen deshalb stets von Neuem greifbar gemacht werden – auch für die kleinen und mittleren Unternehmen, nicht nur für die Grossen. Der Schutz vor ausländischer Kriminalität hat sich generell verbessert, seit die Schweiz bei «Schengen» mitmacht. Nur so hat sie Zugriff auf das Sicherheitsinformationssystem SIS. Wenn wir nach SVP-Rezept den Schengen-Vertrag kündigen, bleiben die Probleme mit der Schwarzarbeit ungelöst. Dafür machen asiatische Touristen aus der EU einen grossen Bogen um die Schweiz, denn sie bräuchten neu ein separates Visum. Auf Flughäfen dürften wir wieder als «Aussereuropäer» Schlange stehen. Und an den Landesgrenzen würden neue Personenkontrollen Scheinsicherheit mimen, obschon auch früher nie mehr als drei Prozent der Grenzübertritte effektiv kontrolliert wurden. Es ist wie in militärischen Fragen: Sicherheit entsteht durch Partnerschaft und Zusammenarbeit, nicht durch Isolation. Und Partnerschaft bedeutet, dass beide Seiten die Regeln des fairen Wettbewerbs respektieren.

MELDEPFLICHTIGE KURZAUFENTHALTER BIS 90 TAGE, 2005–2009 (in 1000)



Quelle: Bundesamt für Migration

Kurzaufenthalter. Die Zahl der (Schein-)Selbstständigen nimmt zu. Grafik Bz/7m



* Rudolf Rechsteiner (1958) ist Ökonom und war Nationalrat (BS, SP) von 1995 bis 2010. Im Mitbericht kommentieren Regierungs- und Bundesräte die Geschäfte ihrer Kollegen.